



Beschluss des Studierendenparlaments der Uni Hamburg vom 30. Oktober 2014

Ja zum Verlassen der Bescheidenheit!

Solidarität mit den Arbeitskämpfen der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GdL).

Die Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GdL) führt seit mehreren Wochen Arbeitskämpfe für höhere Löhne, bessere Arbeitsbedingungen und kürzere Arbeitszeiten für Lokführer_innen und Zugpersonal. Das Studierendenparlament erklärt seine Solidarität mit diesem kämpferischen Engagement der Eisenbahner_innen.

Während die Kolleginnen und Kollegen ihren Kampf für Verbesserungen fortsetzen, hat die Kampagne der großen Medienkonzerne gegen die Streikenden, ihre Gewerkschaft und insbesondere deren Vorsitzenden einen neuen negativen Höhepunkt erreicht. So veröffentlichte die „Bild“ die Telefonnummer des Büros des Gewerkschaftschefs und rief zu Massenaufrufen auf, bei Focus-online erschien das Bild seines Privathauses mit Ortsangabe. Diese Personalisierung und Hetzkampagne ist eine klare Verletzung von Grundrechten, widerspricht dem Antidiskriminierungsgebot des Grundgesetzes ist daher gewiss auch nicht durch das Recht zur freien Meinungsäußerung gedeckt. Wenn der öffentlich-rechtliche Rundfunksender NDR-info gar den Gewerkschaftsvorsitzenden mit Hitler vergleicht, so grenzt das an Volksverhetzung und ist eine abgeschmackte Verharmlosung des Faschismus. Der verfassungsrechtlich geschützte Kampf für soziale Verbesserungen der Bahnmitarbeiter ist das Gegenteil der Benutzung der Bahn für einen Vernichtungskrieg und Deportationen. Das Studierendenparlament verurteilt diesen Anti-Journalismus, ruft alle Studierenden auf, sich durch diese Medienkampagne nicht in die Irre führen zu lassen und fordert die bei den Medien Beschäftigten auf, sich des eigenen Verstandes zu bedienen, den Streik der Eisenbahner_innen zu unterstützen sowie ihn zum Anlass für mehr als gerechtfertigte Arbeitskämpfe in den eigenen Bereichen zu nehmen.

Das Studierendenparlament begrüßt die Arbeitskämpfe der GdL als Ansporn für die Auseinandersetzung einer besseren Ausfinanzierung auch der Hochschulen. Mobilität ist wie Bildung eine gesellschaftlich hochrelevante Aufgabe. Entsprechend dieser Bedeutung sind bessere Arbeitsbedingungen und höhere Löhne notwendige Bestandteile der verantwortungsvollen Aufgabenwahrnehmung in beiden Bereichen. Gerade wegen der hohen gesellschaftlichen Relevanz öffentlicher Mobilität haben Streiks bei der Bahn für weite Teile der Gesellschaft Auswirkungen – auch in der Universität bekommen wir dies zu spüren. Der Streik ist kein Missbrauch der daraus resultierenden Macht – wie manche behaupten – sondern eine verallgemeinerungswürdige Tat. Sie erinnert alle daran, dass die

gesellschaftliche Entwicklung nicht durch Konzernspitzen und ihnen höfisch untergebenen Regierungen gemacht werden muss, sondern durch die Bevölkerung selber bestimmt werden kann. Es ist dieses Selbstbewusstsein der Eisenbahner_innen, die den Medienkonzernen, der Bahn AG, der kapitalfrommen Bundesregierung und gewerkschaftlichen Co-Manager_innen ein Dorn im Auge ist. Es ist diese Unbescheidenheit, die das Studierendenparlament im Besonderen begrüßt und als Aufruf für die Nachdrücklichkeit des eigenen kritischen Engagements aufgreifen will.

Das Studierendenparlament wünscht der GdL viel Erfolg bei der Durchsetzung ihrer Forderungen. Möge dies auch die EVG überzeugen ebenfalls zu einer neuen Qualität an Offenheit zu kommen und für die Zukunft eine solidarische Kooperation der beiden Gewerkschaften eröffnen.

